



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21634 - 33
Fernschreiber 0286690

P/XIII/90 - 21. April 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- | | | |
|-------|--|-----|
| 1 - 2 | Das Göttinger Manifest behält seine volle Gültigkeit!
Prof. Dr. Strassmann, einer der prominentesten Unter-
zeichner des Göttinger Manifests, zur Aktion
"Kampf dem Atomtod"! | 82 |
| 3 - 4 | Ägyptischer Besuch in Moskau
Nasser im Netz des Kreml } | 67 |
| 5 | "Kampf dem Atomtod" in Bayern
Eine breite Volksbewegung | 48 |
| 6 - 7 | Recht auf Heimat - Recht auf Hilfe!
Zur Flüchtlingskonferenz der SPD in Nordrhein-Westf. | 103 |

* * * * *
* * * * *

Das Göttinger Manifest behält seine volle Gültigkeit!

EKO - "Wieso kann es ungesetzlich oder unstatthaft sein, wenn man versucht, durch eine Volksbefragung über den lebenswichtigen Komplex der atomaren Rüstung und die Vielzahl der damit zusammenhängenden Probleme den Willen breitetster Schichten eines Volkes zu erfahren? Ich jedenfalls wünsche, dass der Aktion 'Kampf dem Atomtod' jeder nur denkbare Erfolg beschieden sein möge!"

Dies erklärte Professor Dr. Fritz Strassmann, Direktor des Max-Planck-Instituts an der Universität Mainz, in einer Unterhaltung dem Vertreter des SPD-Pressedienstes. Professor Strassmann ist einer der prominentesten Unterzeichner des "Göttinger Manifests" vom April 1957. Zusammen mit Nobelpreisträger Professor Otto Hahn erkannte er vor zwanzig Jahren zum ersten Mal das "Zerplatzen" des Kernes des schwersten der Elemente, des Urans. In der Unterhaltung mit dem SPD-Pressedienst gab Professor Strassmann seinem Erstaunen darüber Ausdruck, dass sich wegen der Aufklärungskampagne über die Gefahren der Atomwaffen überhaupt Meinungsverschiedenheiten ergeben könnten.

"Das 'Göttinger Manifest', so wie es von uns unterzeichnet wurde, behält auch jetzt, nachdem die Bundesregierung die Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen beschlossen hat, seine volle Gültigkeit. Wir 'Achtzehn Göttinger' werden niemals an einer nuklearen oder thermonuklearen Waffe mitarbeiten. Wir können nur eindringlich die Warnung vor der Gefahr wiederholen, die sich allgemein am Horizont abzeichnet und die auch entsteht, wenn ein so kleines Staatsgebilde wie die Bundesrepublik plötzlich zum Träger atomarer Massenvernichtungsmittel wird. Wenn dieses Beispiel Schule macht, können ungeheuerliche Konsequenzen daraus entstehen. Das Volk muss die Möglichkeit haben, selbst eine Entscheidung darüber zu treffen oder mindestens seine Meinung über eine solche Entscheidung äussern zu können."

Professor Strassmann warf in diesem Zusammenhang die Frage auf: "Was ist denn überhaupt Demokratie? Es geht mir nicht um eine Definition des Begriffs, sondern darum, ob in dieser Staatsform stets die wahre Meinung des Volkes zum Ausdruck kommen kann oder nicht." Und er fügte hinzu: "Wir haben es erlebt, dass Vertreter der Regierung zunächst erklärten, 'Niemals wieder eine Wehrmacht'. Wir haben dann erlebt, wie aus den bescheidensten militanten Anfängen, etwa dem Bundesgrenzschutz, allmählich die politische Konzeption dieser Versicherung durchlöchert und wie sie schliesslich vollends über den Haufen geworfen wurde. Nunmehr ist es so weit, dass die Bundeswehr sogar mit Atomwaffen ausgerüstet werden soll."

Abschreckungsmittel?

Professor Strassmann fährt fort: "Die Regierung der Bundesrepublik hält es für sinnvoll und erforderlich, dass westdeutsche Soldaten mit Atomwaffen ausgestattet werden, versichert aber gleichzeitig, eine Verwendung dieser Bomben und Granaten komme wohl niemals in Frage;

die Atombomben sollten nur ein Abschreckungsmittel sein. Warum muss dann diese Atomaufrüstung überhaupt erst erfolgen, wenn man sie nie anwenden will? Man verliert an Glaubwürdigkeit, wenn man nicht logisch denkt. Wir verwenden rund 10 Milliarden Mark in diesem Jahr für die Aufrüstung."

"Ich muss feststellen, wie sehr ich recht hatte, als ich mich schon früher gegen die Einführung der Wehrpflicht wandte. Die Entwicklung hat meine Ansicht bestätigt. Aus scheinbar harmlosen Anfängen ist das Monstrum der atomaren Bewaffnung entstanden, das niemandem nützt und unserem Volk keine Sicherheit bietet. Wieviel Gutes und Nützliches könnte man dagegen mit den Milliarden tun, die jetzt für die Rüstung ausgegeben werden."

Professor Strassmann wandte sich auch gegen die Auffassung, dass die von ihm geäußerten Meinungen irgendetwas mit "Parteipolitik" zu tun hätten. "Es ist betrüblich, dass in der Bundesrepublik jede persönliche Anschauung sofort auf einen parteigebundenen ideologischen Gehalt untersucht wird."

Es gibt keine "saubere" H-Bombe!

"Ich wünsche der Aktion 'Kampf dem Atomtod' den beabsichtigten Erfolg. Der Selbsterhaltungstrieb zwingt die Menschen zur Abwehr der Gefahren eines Atomkrieges," erklärte Professor Strassmann.

"Wenn die Informationen der Geheimdienste zutreffen, lagern in Ost und West jeweils mindestens 50 000 Plutonium- und Wasserstoffbomben aller möglichen Grössenordnungen. Das wäre ungeheuerlich. Man muss hierbei überlegen, dass auch Atomgranaten, die gelegentlich als 'Fortentwicklung der Artillerie' bezeichnet werden, heute die Wirksamkeit einer Atombombe haben, wie sie auf Hiroshima gefallen ist."

"Der oft angewandte Begriff 'saubere Wasserstoffbombe' ist blanker Unsinn. Kernspaltung bleibt Kernspaltung und die entstehenden Spaltprodukte können nicht dazu gebracht werden, dass sie sich in Wohlgefallen auflösen. Nimmt man zum Beispiel der Wasserstoffbombe den Mantel von Uran 235, so wird man eben einen anderen Mantel nehmen müssen. Es gibt kein Material, das bei der Explosion einer solchen Bombe nicht zu radioaktiven Isotopen würde. Man kann die Dinge bezeichnen, wie man will:

Die Schrecken eines Atomkrieges und der Atomtod ganzer Bevölkerungen lassen sich auch nicht durch die Erfindung neuer Begriffsbestimmungen verniedlichen!"

Ägyptischer Besuch in Moskau

I.D. - In wenigen Tagen wird Ägyptens Präsident Nasser in Moskau eintreffen. Er folgt damit einer vor zwei Jahren ausgesprochenen Einladung, der er wegen des Suez-Konfliktes seinerzeit nicht hatte nachkommen können. Von Nassers Standpunkt aus gesehen ist der heutige Zeitpunkt für einen Besuch in Moskau unvergleichlich günstiger. Nasser ist heute nicht mehr nur Führer Ägyptens sondern gewählter Herrscher einer Vereinigten Arabischen Republik, die Ägypten, Syrien und den Jemen umschließt. Seine führende Stellung unter den Großen der übrigen arabischen Welt ist unbestritten.

Für Moskau ist der Besuch dieses Herrschers über 30 Millionen Araber von beträchtlicher Bedeutung. Trotz vieler Unterstützungsmaßnahmen und offener Freundschaftsbekundungen, trotz der mit Nasser gemeinsamen Abneigung gegen Frankreich und England ist es den Russen noch nicht gelungen, Nasser ins kommunistische Lager zu locken. Erst kürzlich teilte er der Welt seine Abneigung gegen einseitige Bindungen an den Westen oder an den Osten mit und verkündete, daß er sein Regime in eine Demokratie umzuwandeln gedenke, sobald die Gefahr gebannt sei, daß sich in seinem Lande Gruppen bilden könnten, die eine derartige einseitige Bindung forderten.

Es ist auch in Moskau kein Geheimnis, daß Ägypter mit kommunistischem Parteibuch in ihrem Heimatland mehr oder weniger illegal leben müssen. In Syrien kam gerade, als die Russen einen entscheidenden Einfluß auf die Innenpolitik gewonnen hatten, die Vereinigung der drei arabischen Staaten zustande. Die syrischen Kommunisten wurden ihr Opfer, denn sie wurden wie andere Parteien gezwungen, dem Beispiel Ägyptens folgend, ihre Organisation aufzulösen. Ein Teil der KP-Funktionäre floh nach Moskau, ein anderer ging in die Illegalität.

Trotz dieser offensichtlichen Abneigung gegen den Kommunismus in Nassers Reich weiß man in Moskau wohl, was man tut, wenn man Nasser, der den Schlüssel zur arabischen Welt in seinen Händen hält, mit offenen Armen empfängt. Immerhin bleibt den Russen die Hoffnung, daß Nassers Abwehr gegen den Kommunismus nur noch wie letzte Zuckungen einer in einem Netz gefangenen Fliege sind.

Nasser hat den Kampf gegen Israel gewählt, um den arabischen Nationalismus immer wieder entflammen zu können. Jetzt sollen nun kommunistische Ideen zollfrei mit den großzügigen Waren- und Waffenlieferungen aus der Sowjetunion ins arabische Reich kommen. Wenn auch der Westen ebenso

wie die Sowjetunion Traktoren liefert, seine Ideen werden nichts dazu beitragen können, dem arabischen Nationalismus einen neuen Gehalt zu geben. Das Suez-Abenteuer und die letzten Kolonialisierungsprojekte der westlichen Welt in Afrika sind nicht dazu angetan, hier die geringsten Sympathien oder gar eine Beeinflussung durch westliche Ideen zu erhoffen. Wenn auch Nasser und einige andere arabische Führer alles tun, um den Kommunismus vor den Gestaden ihrer Länder fernzuhalten, so können sie nicht verhindern, daß sich die arabischen Volksmassen konsequent demjenigen zuwenden, der außer großzügigen Gesten, goldenen Versprechungen und Sympathiekundgebungen auch eine Idee mitliefert, die ein Rezept für alle Sorgen und Nöte des Volkes aufzuweisen scheint.

Nasser ist zu klug, um sich dieser Tatsache nicht bewußt zu sein. Er spielt lediglich um Zeit, die er unter den augenblicklichen Bedingungen in seinem Lande braucht, wenn er wirtschaftliche Verhältnisse schaffen will, die die Grundlage für eine neue demokratische Gesellschafts- und Sozialreform legen und die schließlich der kommunistischen Ideologie eigne, gleichwertige Ideen entgegensetzen könnten. Israel wird als "potentieller Feind" solange herhalten müssen, bis dieser Zeitpunkt erreicht ist.

Diese Entwicklung zu beschleunigen, Nasser aus den gefährlichen Fängen des Kommunismus freizumachen, wäre wesentliche Aufgabe des Westens. Die Tatsache, daß Nassers Staat ein überaus armes Land ist, das seine Baumwolle - die wichtigste Handelsware Ägyptens - auf Jahre hinaus an Rußland als Bezahlung für an Ägypten und Syrien gelieferte Waren abgeben muß, schwächt die Position Nassers in seinen Beziehungen zur Sowjetunion. Nasser von der Sowjetunion wirtschaftlich unabhängiger zu machen, hieße ihn stärken. Er könnte dann den Aufbau seines Landes vorantreiben und die Einführung einer neuen Ordnung schneller vollbringen. Dies könnte dazu beitragen, die stets explosive Lage im Nahen Osten wesentlich zu entschärfen. Noch aber ist das Verhältnis des Westens zum Sieger von Suez gespannt, und der Osten behält die Initiative in der Hand.

"Kampf dem Atomtod" in Bayern

G.K.A.-München

Nach der Generalprobe des Münchner Komitees gegen die Atomrüstung - die erste Protestveranstaltung brachte die für München durchaus ungewöhnliche Zahl von 10.000 Teilnehmern auf die Beine, von denen der allergrößte Teil in der Kälte vor dem schon lange vor Beginn der Veranstaltung überfüllten Zirkus Krone ausharren mußte - werden Gegenaktionen wohl kaum auf sich warten lassen. Angesichts der nun beginnenden Organisationsarbeit des Komitees im ganzen Land, wünscht man bei der CSU in absehbarer Zeit ein öffentliches Auftreten von Bundesminister Strauss, gegebenenfalls auch von Vizepräsident Dr. Richard Jäger in der Landeshauptstadt.

Die Kreise, die gehofft hatten, die Aktionen des Komitees würden sich bald totlaufen, und die sich bemühen, unterstützt von einem Teil der konservativen bayrischen Presse, die Sache nach Möglichkeit totzuschweigen, sind durch die Ankündigungen der Gewerkschaften beunruhigt worden, den diesjährigen 1. Mai zusammen mit dem Komitee gegen die Atomrüstung zu organisieren. Die Ankündigungen sollen zu einer weit über die Mitglieder der Gewerkschaften hinausgehenden Demonstration gestaltet werden. Die Aussichten, daß dieses Vorhaben in den größeren bayrischen Städten gelingen wird, sind gut. Die Tatsache, daß die Bewegung gegen die Atomrüstung unter den Akademikern und der Intelligenz eine so breite Resonanz und die Bereitschaft zur aktiven Mitwirkung findet, ist ganz offensichtlich nicht ohne Wirkung auf einen großen Teil der Bevölkerung geblieben, die sonst der aktiven Politik reserviert gegenübersteht.

All dies beeinflußt natürlich die Strategie der CSU für den Wahlkampf im Spätherbst, in dem die CSU das Atomthema gerne zu den Akten gelegt sehen möchte. Daraus erklärt sich auch die Bereitschaft der Regierung das Volksbefragungsgesetz im Landtag rasch zu behandeln. Dort wird es, nachdem sich auch in der FDP die konservative Gruppe durchgesetzt hat, schon in erster Lesung abgelehnt werden und nicht zur Behandlung in die Ausschüsse gelangen. Theoretisch gibt diese Ablehnung die Möglichkeit, weitere Schritte zur Abhaltung eines Volksentscheids einzuleiten. Nämlich einen Volksentscheid über die Frage, ob das Gesetz zur Abhaltung einer Volksbefragung gegen den Willen des Landtags in Kraft treten soll. Die Verfassung sieht eine solche Möglichkeit vor. Die Antragsteller müssen ihr Begehren mit 25.000 Unterschriften versehen dem Innenminister vorlegen, der seinerseits das Begehren auf seine Verfassungsmäßigkeit zu prüfen hat. Kommt der Innenminister zu einer negativen Beurteilung des Antrages, was in einem derartigen Fall wohl zu erwarten stünde, kann der Antragsteller sich an den Verfassungsgerichtshof wenden. Für diesen Fall sieht der § 68 des bayrischen Landeswahlgesetzes vor, daß der Verfassungsgerichtshof binnen eines Monats seine Entscheidung treffen muß. Obwohl die SPD-Fraktion des Landtags sich mit einer derartigen Möglichkeit nicht befaßt hat, haben die Juristen der CSU offensichtlich an solche Konsequenzen gedacht, denn sonst läge kaum ein dringender Grund für die Ankündigung des Ministerpräsidenten vor, im Rahmen der von der Regierung geplanten Verfassungsreformen auch den Volksentscheid abzuschaffen.

+ + +

Recht auf Heimat - Recht auf Hilfe

K.J. Delegierte aus allen Teilen Nordrhein-Westfalens trafen sich am Wochenende in Gelsenkirchen zur Landestagung der SPD für Flüchtlinge, Heimatvertriebene und Kriegssachgeschädigte. Um es vorweg zu nehmen: Die Tagung war keine billige Propaganda-Show, veranstaltet, um die Leistungen der Regierung Steinhoff zu lohhudeln und die Situation der Flüchtlinge und Vertriebenen aus wahltaktischen Gründen schönzufärben - sie war eine nüchterne Bilanz. Zahlen und Tatsachen sprachen, verbannt waren Wunschdenken, nationalistische Phrasen und jenes hohle Märtyrer-Pathos, wie man es leider in den Flüchtlingsgruppierungen anderer Parteien und gewissen Verbänden allzu oft findet.

"Lebensrecht im Westen und Heimatrecht im Osten!" das war die Losung der Tagung. Die Delegierten waren sich einig darüber, daß die Millionen von Flüchtlingen, Vertriebenen und Spätaussiedlern in der Bundesrepublik ihr Recht auf Heimat in Mittel- und Ostdeutschland nie preisgegeben werden. Keinen Zweifel aber auch ließen sie daran, daß der Weg zurück nur mit friedlichen Mitteln erkämpft werden kann. Drastisch wurde wieder einmal den Gegnern der SPD bewiesen, wie verlogen und töricht zugleich ihr Geschwätz über eine angebliche sozialdemokratische "Verzichtspolitik" ist. Mit demselben Nachdruck aber unterstrich die Konferenz, daß darüber nicht die Forderungen des Tages vergessen werden dürfen: Arbeit und Wohnung für alle Flüchtlinge, Vertriebenen, Spätaussiedler und Kriegssachgeschädigte, ein gerechter Lastenausgleich und die vollständige Eingliederung. Unendlich viel ist hier noch zu tun.

"Wir sind nicht über den Berg!"

Nordrhein-Westfalen ist das größte Flüchtlingsland der Bundesrepublik. Hier leben 27 Prozent der 11,5 Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen, die nach Westdeutschland kamen, nämlich 3.240.000. In jedem Jahre strömen mehr "Neubürger" über die Grenze des Landes: von den 350.000, die 1957 kamen, nahm Nordrhein-Westfalen 123.588 Menschen auf, darunter über 46.000 Spätaussiedler aus den deutschen Ostgebieten.

Heute gibt es im Lande noch sechs Lager mit rund 12.000 Insassen - 57.000 Menschen leben in "Gastlagern" außerhalb des Landes, die aber auch Nordrhein-Westfalen zugewiesen sind und versorgt werden müssen. Fast 46.000 Menschen leben in den Notunterkünften der Kreise und Gemeinden. Das sind, zusammengenommen, weit über 100.000 Menschen, die noch untergebracht werden müssen.

"Wir sind nicht über den Berg!" stellte Arbeits- und Sozialminister Hemsath sachlich vor der Gelsenkirchener Konferenz fest. "Ich sage das ganz offen, obwohl man heute für einen marktkonformen Optimismus mehr Beifall erhält". Hart konfrontierte er die Wirklichkeit mit dem opportunistischen Geschwätz der Bundesregierung. Hat nicht erst vor wenigen Wochen der Bundesvertriebenenminister erklärt, es sei eigentlich alles schon in bester Ordnung und es käme heute beinahe nur noch auf die "seelische Eingliederung" der Flüchtlinge an?

Die Leistungen der Landesregierung

Es ist kein Zufall, wenn in Gelsenkirchen immer wieder die Wohnungsfrage in den Mittelpunkt der Diskussion kam. Sie ist am drängendsten. Am schlimmsten ist das Lagerleben. Wer unmittelbar mit dem Flüchtlingsalltag zu tun hat, weiß das. Und so geht es der Regierung Steinhoff darum, erst einmal die größte Not zu beseitigen. 47 Millionen sind bisher

für die Erweiterung und Verbesserung der Lager bereitgestellt worden, 51 Millionen werden es in diesem Jahre sein. In den zwei Jahren der Regierung Steinhoff wurden aber auch 22.000 Wohnungen neu gebaut - das ist eine Leistung, die angesichts der unzureichenden Bundesmittel für den Wohnungsbau nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Wenn heute dazu übergegangen wird, Wohnungen doppelt zu belegen, so geschieht das nicht für alle Ewigkeit. Aber die "Kanzlerzusage" vom September 1957, nach der der Bund die Hälfte der Wohnungsbaukosten übernehmen will, kam zu spät: es ließen sich gerade noch einige tausend Umfinanzierungen vornehmen.

Der Sozialdemokrat Steinhoff hat von der CDU-Regierung Arnolds ein schweres Erbe übernommen. Nordrhein-Westfalen war 1956 bereits mit dem Bau von 32.500 Flüchtlingswohnungen im Rückstand. Das läßt sich alles nicht so leicht aufholen! Nachdem die Regierung Steinhoff durch ihre energischen Vorstöße in Bonn wesentlich dazu beigetragen hatte, daß die Bundeszuschüsse für den Wohnungsbau erhöht wurden, erhöhte sie selbst laufend unter größten Anstrengungen ihre Zuschüsse: sie liegen heute bei 13.750 DM je Wohnungseinheit. Arnold hatte in seinen Regierungsjahren die Dinge treiben lassen.

Einsichtige und dankbare Anerkennung fand auf der Gelsenkirchener Konferenz die Initiative der Regierung Steinhoff, die eine Änderung des Verteilerschlüssels für die Aufnahme von Flüchtlingen und Aussiedlern durchsetzte. Heute beträgt die Aufnahmequote für Nordrhein-Westfalen 32,7 Prozent - 1956 waren es noch 43 Prozent. Immerhin bleibt die Tatsache, daß Nordrhein-Westfalen damit immer noch ein Drittel aller in die Bundesrepublik kommenden Flüchtlinge aufnimmt.

Sorge um die Jugend

Ein politisch und psychologisch besonders wichtiges Problem ist die Eingliederung der Jugendlichen. Es ist nicht leicht zu lösen. 149 Jugendgemeinschaftswerke sind in die Betreuung eingeschaltet, denen die Landesregierung 1,1 Millionen DM zur Verfügung stellte. Größte Aufmerksamkeit wird den rund 10.000 jugendlichen Spätaussiedlern geschenkt, die bisher aus den deutschen Ostgebieten gekommen sind. Viele sprechen nicht Deutsch, sie müssen es erst auf den Förderschulen erlernen, in den Förderklassen der allgemeinen Schulen, in den Internaten der caritativen Organisationen. Die Regierung Steinhoff läßt nichts unversucht, die Zahl der Schulplätze zu erhöhen. Bisher konnten 2.700 Internatsplätze geschaffen werden.

Dunkle Wahlgeschäfte

Die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen sind sich klar darüber, daß der Landtagswahlkampf von ihren Gegnern unter Aufbietung aller nur denkbaren Mittel geführt werden wird. Dazu gehört der Schacher mit den Parteikandidaten. So versuchen Teile des BHE in der Erkenntnis, im Lande Nordrhein-Westfalen nicht besser abzuschneiden als bei der Bundestagswahl, Flüchtlingsstimmen der DP - und damit indirekt der CDU - zuzuführen: in sieben Wahlkreisen will man aufrufen, die Kandidaten der DP zu wählen. Allerdings: auch im BHE sind einsichtige Kräfte genug vorhanden, die vorbehaltlos die konstruktive Eingliederungspolitik der Regierung Steinhoff anerkennen und sich weder an die DP, noch an die CDU verkaufen wollen.

"Soziale Aufrüstung statt Atomrüstung!" Dieser Appell schloß die Flüchtlingskonferenz der SPD ab. Mit einer atomaren Bewaffnung der Bundesrepublik können in der Tat die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen am allerwenigsten einverstanden sein, weil sie jede Chance zur Rückkehr in die Heimat hoffnungslos zusammenschumpfen läßt.

+ + +